

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postkonto: Dresden 1330
Circula Nr. 52.

Nr. 25.

Freitag, 30. Januar 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintretens von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen: eine Spalte für das Erscheinen zu bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 8. Spalte 100 Pfennig, 4. Spalte 50 Pfennig, 2. Spalte 25 Pfennig, 1. Spalte 12 Pfennig. Mehrspaltige Anzeigen werden nach Vereinbarung berechnet. Die 8. Spalte 100 Pfennig, 4. Spalte 50 Pfennig, 2. Spalte 25 Pfennig, 1. Spalte 12 Pfennig. Mehrspaltige Anzeigen werden nach Vereinbarung berechnet. Die 8. Spalte 100 Pfennig, 4. Spalte 50 Pfennig, 2. Spalte 25 Pfennig, 1. Spalte 12 Pfennig. Mehrspaltige Anzeigen werden nach Vereinbarung berechnet. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Der deutsch-französische Gegensatz

W.D. Berlin, 30. Januar.

Die Kammerrede des französischen Ministerpräsidenten Herriot vom Mittwoch läßt den außerordentlich frühen Gegensatz erkennen, der immer noch zwischen Deutschland und Frankreich besteht, und der für die nächste Zukunft weitere erhebliche Schwierigkeiten in der außenpolitischen Lage hervorruft. Reichskanzler Dr. Luther wird nunmehr prompt dem französischen Ministerpräsidenten antworten und man glaubt schon jetzt zu wissen, daß er den Ausführungen des französischen Regierungschefs ziemlich schärf entgegengetreten wird. Herrierintention hat man in Deutschland den Eindruck, daß Herriot mit Absicht die Schwärze des deutsch-französischen Gegensatzes betont hat, um damit zum Ausdruck zu bringen, daß vorläufig an eine Entspannung nicht gedacht werden kann. Seine Rede hat denn auch in den Berliner Regierungskreisen einen überaus peinlichen Eindruck hervorgerufen.

In den rechtsgerichteten Kreisen erklärt man, daß Herriot offensichtlich die Absicht gehabt habe, das neue Reichskabinett, dem er feindselig gegenüber stehe, zu provozieren. Trotzdem werde man deutscherseits in sachlicher und würdiger Form auf die Rede des französischen Staatsmannes antworten müssen, denn bei aller Entschiedenheit, mit der man deutscherseits die neuerlichen Angriffe Herrirts zurückweisen müsse, bestehe kein Grund, auf die Herausforderung Herrirts einzugehen. Da das Sicherheitsproblem jetzt den Kernpunkt der gesamten europäischen Politik bildet, wird man auch deutscherseits die Umstände würdigen müssen, unter denen die gegenwärtige Diskussion entstanden ist und die bei der weiteren Entwicklung der Dinge eine große Rolle spielen würde.

Von größter Wichtigkeit ist die ganz offensichtliche Tatsache, daß die scharfe Tonart des französischen Ministerpräsidenten auf die Verdächtigungen der internationalen Kontrollkommission zurückgeführt werden muß, die den größten Teil der in seiner Rede enthaltenen Anschuldigungen gegenüber Deutschland hervorgerufen haben dürfte. Hierzu wird von unparteiischer deutscher Regierungsstelle bemerkt, daß das Entschuldigungsmaterial der Kontrollkommission noch immer nicht der deutschen Regierung bekannt ist und daher auch kaum die Möglichkeit besteht, eine wirklich sachliche Auseinandersetzung darüber mit Herriot einzugehen. Bemerkenswerter Weise hat Herriot die Forderung ausgesprochen, daß die Entschuldigungsfrage diskutiert werden müsse. Hierzu ist die Reichsregierung, wie sie in den deutschen Noten an die alliierten Regierungen immer wieder erfolglos zum Ausdruck gebracht hat, nicht nur bereit, sondern sie wünscht sogar, daß volle Aufklärung des Sachverhalts geschaffen wird. Dazu ist es jedoch notwendig, daß der wirkliche Zeitbestand der deutschen Regierung zur Kenntnis gebracht wird. Die Beschuldigungen der Kontrollkommission gegen die Reichsregierung müssen nicht nur beiden Parteien zugänglich sein, sondern selbstverständlich der ganzen Welt, damit es möglich sein wird, ein objektives Urteil zu bilden.

In den Berliner Regierungskreisen ist man gegenwärtig der Ansicht, daß eine Verständigung erzielt werden kann, wenn auch auf französischer Seite endlich die Bereitschaft gezeigt wird, die Voraussetzungen zu schaffen, die notwendig sind, um überhaupt zu Verhandlungen zu kommen. Die deutsche Regierung ist davon überzeugt, daß Herriot von sich aus keine ernstlichen Schwierigkeiten machen würde, denn er scheine wirklich nicht die Methoden Poincarés wieder einführen zu wollen. Aus diesen Gründen könne man auch nicht aus seiner Kammerrede die gleichen Schlüsse ziehen, die man ziehen müßte, wenn dieselbe Rede von Poincaré gehalten worden wäre. Der Reichskanzler dürfte daher in seiner Antwort an den französischen Ministerpräsidenten darauf hinweisen, daß die Kammerrede auf die ganze Lage verhängnisvoll gewirkt hat und daher nicht geeignet sei, eine Politik der Entspannung zu fördern.

Des Reichskanzlers Antwort an Herriot.

Berlin, 30. Januar. Wie wir hören, wird Reichskanzler Dr. Luther in einer Rede vor den Pressevertretern des Auslandes auf die Kammerrede des französischen Ministerpräsidenten Herriot eingehen und dabei namentlich die gegen Deutschland gerichteten Angriffe in der Entschuldigungsfrage mit außerordentlich wichtigen Darlegungen beantworten. Im Zusammenhang damit wird sich der Reichskanzler auch über die Sicherheitsfrage äußern und den deutschen Standpunkt zum Ausdruck bringen. Den Erklärungen des Reichskanzlers sieht man in den politischen Kreisen mit dem denkbar größten Interesse entgegen, da sie für die weitere Entwicklung der Dinge von größter Bedeutung sein werden.

Su den Erklärungen Herrirts.

Paris. In der gestrigen Nachmittagsitzung der französischen Kammer fand vor der bereits gemeldeten Abstimmung über den Antrag der Rede des Ministerpräsidenten eine Debatte statt, in deren Verlauf Herriot einige seiner gestrigen Erklärungen erläuterte. Man gewann aus der Debatte den Eindruck, daß die Sozialisten großen Wert auf die Interpretation legen, die Herriot gibt. Die Debatte nahm folgenden Verlauf: Der Abg. Le Maire beklagte sich, daß das Journal officiel nicht die Bemerkung wiedergegeben hat, die er vorgestern abend während der Rede Herrirts gemacht habe. Er habe an

einer Stelle gesagt, daß so wie Herriot auch Poincaré gesprochen habe und daß, als Minist so geredet habe, wie Herriot, man ihn als Mann bezeichne habe, der übertrieb. Le Maire forderte eine nachträgliche Richtigstellung und erklärte, weil Herriot gesagt habe, daß die letzte Sicherheit Frankreichs am Rhein liege, würden seine Freunde und er für den Antrag der Rede des Ministerpräsidenten stimmen.

Herriot verlangte das Wort und erklärte: Ich bedauere lebhaft, daß meine gestrige Rede zu polemischen Anlässen gegeben hat. Ich habe alles Mögliche getan, um dies zu vermeiden. Denn wenn diese Rede Nutzen bringen soll, dann doch wenigstens im Innern Frankreichs, um dem Ausland zu beweisen, daß die Demokraten ebenso patriotisch sind, wie irgend Jemand sonst. Der Abg. Le Maire hat einen Tag aufgeschrieben, den man nicht aus meiner gesamten Rede herausgerissen interpretieren darf. Ich habe gesagt, daß ich in dieser heißen Angelegenheit der Kölner Zone mit allen Mitteln und mit allen Argumenten diskutieren werde. Ich habe auch gesagt, daß ich um keinen Preis wünsche, daß man annimmt, meine Haltung werde durch den geheimen und nicht einseitigen Wunsch diktiert, unnötig lange am Rhein zu bleiben. Nach meiner Ansicht sind die drei Fragen: Schiedsgerichtsbarkeit, Sicherheit und Entwarnung untereinander zu verbinden. Ich habe eine schwere Verantwortung, nicht nur vor der Gegenwart, sondern auch vor der Zukunft. Wenn ich gestern deutlich gesprochen habe, so ist es geschehen, um zu beweisen, daß die Linksrepublikaner ebenso wie andere besorgt sind um die Sicherheit Frankreichs. Mein Appell richtet sich an die Vernunft, das Gewissen und die Klugheit der Männer der Freiheit und des Friedens, besonders an die in Deutschland. Nur dadurch ist eine Verständigung zu erzielen, die aus der wahrhaft tragischen Lage herausführt, damit wieder alle in Freiheit und Frieden arbeiten können.

Es entsteht hierauf eine scharfe Diskussion über den Antrag der Sozialisten Baranne betreffend den Antrag der Rede des Ministerpräsidenten. Die Sitzung wird für kurze Zeit unterbrochen. Nach Wiederaufnahme der Sitzung ergreift Herriot nochmals das Wort, um die Wehrheit, die seine Politik unterstützt, zu betonen, durch Kommentare der Gegner nicht den Sinn der Erklärungen, die er gestern abgegeben habe, einstellen zu lassen. Was er gestern gesagt habe, antworte vollkommen der Politik der Sicherheit und des Friedens, die die Regierung getrieben habe und die sie fortsetzen werde.

Die französische Presse zur Rede Herrirts.

Paris. Herrirts Kammerrede wird von der Morgenpresse als ein großer Erfolg angesehen. Zahlreiche Blätter der Opposition heben hervor, daß die Stunde des Zugfriedens wieder geschlagen habe. Es frage sich nur, ob der Beifall der Opposition nicht Herriot den linksstehenden Sozialisten einstreifen werde. Die Oppositionsblätter stellen ausdrücklich fest, daß auch Poincaré die Rede Herrirts ohne auch nur ein Wort daran zu ändern, hätte verstehen können. Herriot habe eine Rede des reinsten Patriotismus gehalten. Der Figaro schreibt: Die Kammer werde die Verbreitung der Rede beschließen, und man könne sie dazu beglückwünschen. Die gestrige Sitzung bedeute einen Zusammenstoß aller Parteien und werde nicht ohne Folgen bleiben. Die „wunderbare“ Rede Herrirts sei eine fürchtbare Erwiderung auf die Note Stresemanns.

Die Londoner Presse zur Kammerrede Herrirts.

London. Die englische Presse beschränkt sich ohne Ausnahme auf die Wiedergabe der Berichte über den Verlauf der Kammerdebatte in Paris und enthält sich jeglichen Kommentars. Nur in den Ueberschriften werden die angeblichen sensationellen Mitteilungen Herrirts hervorgehoben.

5. Sächsisch-Landwirtschaftliche Woche.

Dresden. Die gestrige Tagung begann mit einem Vortrag des Landwirtschaftsrates Dr. Riemle über das Thema „Saatzgutimmulierung“; der für diesen Vortrag vorgelesene Minister Prof. Dr. Popoff-Berlin war leider verhindert. Dann sprach Hofrat Dr. Schoene-Dresden, der Direktor des Landeslandwirtschaftlichen Rates für Sachsen über „Organisationsfragen der sächsischen Landwirtschaft“. Nach einem geschichtlichen Rückblick über die Organisation der Landwirtschaft in Sachsen wies der Redner auf die Dreiteilung „Reichslandbund, Landeslandwirtschaftsrat und Landwirtschaftliche Berufsverbände“ hin und erörterte dabei die Frage, ob die Landwirtschaft so viele Organisationen brauche. Der Redner verbreitete sich dann über die Aufgaben des Landeslandwirtschaftsrates, der gesetzlichen Berufsvertretung der Landwirtschaft, die außer der Vertretung der landwirtschaftlichen Interessen auch die Fortbildung der Landwirtschaft in technischer Hinsicht im Auge behalten müsse. Eine weitere Aufgabe des Landeslandwirtschaftsrates sei die Forderung der gesamten landwirtschaftlichen Technik, die nicht allein für die Allgemeinheit Interesse habe, sondern die unbedingt notwendig sei für eine vollkommene Ausnutzung der Naturkräfte. Seine Haupttätigkeit aber richte der Landeslandwirtschaftsrat auf die Ausbildung und geistige Schulung der Landwirte; sein Ziel sei es, auch dem kleinsten Bauern in landwirtschaftlichen Berufsschulen Weiterbildung zu ermöglichen. Im Gegensatz zum Landeslandwirtschaftsrat sei der Landbund eine Kampfgesellschaft, die die wirtschaftlich politischen Interessen der Landwirtschaft zu vertreten habe. Am Schluß

kam Dr. Schoene auf den Entwurf des landwirtschaftlichen Kammergesetzes zu sprechen; er erläuterte dabei die Sachform und die Zusammenfassung der Kammer. Mit einem Vortrag von Professor Dr. Finckelmann, dem Direktor der Landwirtschaftlichen Versuchsanstalt Reppin-Wöckern, über das Gebiet der Fütterungsfragen hatten die wissenschaftlichen Vorträge ihr Ende erreicht.

Das Gesamtergebnis der Landwirtschaftlichen Woche

fand nach Schluß der allgemeinen Versammlungen im Vereinshaus in folgender einstimmig angenommener

Entscheidung

feinen Niederlegung:

Der Besuch der zahlreichen Veranstaltungen der „Landwirtschaftlichen Woche“ in Dresden durch Tausende von Landwirten aus allen Teilen des Landes hat bereitet Zeugnis ab von dem festen Willen der sächsischen Landwirtschaft, die Erzeugung von Nahrungsmitteln auf das Höchste zu steigern, um unabhängig vom Auslande zu werden. Eine verkehrte Steuerpolitik, sowie das Verbot einer wirksamen Zollschranke hindern jedoch den Landwirt, seinen Betrieb zur größten Leistungsfähigkeit zu bringen. Zahlreiche Wirtschaften sind nicht in der Lage, die erforderlichen Mengen von Saatgut und Düngemittel für die nächste Frühlingsbestellung zu beschaffen. Auch vermögen sie nicht auf sich notwendige Restorations- und Gebäudeverbesserungen auszuführen. Das Misverhältnis zwischen den Preisen der Erzeugnisse und Bedarfsartikel ist noch immer bedenklich hoch. In großen Bezirken macht sich außerdem die Notwendigkeit von neuem steigend bemerkbar. Die kommende Ernte ist in Gefahr, wenn nicht unverzüglich entsprechende Maßnahmen getroffen werden.

Der Landeslandwirtschaftsrat und mit ihm die gesamte sächsische Landwirtschaft fordern:

1. Sofortige Erleichterungen auf dem Gebiete der Reichs- und Landessteuern, insbesondere die Befreiung von der Gewerbesteuer und die Befreiung der Jagdsteuer.

2. Die baldigste Wiedereinleitung von Zuschüssen für alle wichtigen landwirtschaftlichen Erzeugnisse, eine durchgreifende Kredithilfe zu extrarätlichen Zinssätzen.

Die sächsische Landwirtschaft muß erwarten, einen ihrer intensiver Betriebsweise entsprechenden Anteil der Rentenbankkredite zu erhalten. Sie erhebt Einspruch gegen die hohen Zinssätze dieser Anstalt. Beträge, die der Landwirtschaft zwangsweise abgenommen worden sind, müssen ihr auf billigstem Wege wieder zueinführen werden.

Wenn Reichs- und Staatsstellen Stellen wie Barman und Kurier so reichliche Kredite bewilligen könnten, muß es möglich sein, dem Nährstand wirksame Hilfe zu bringen. Reichs- und Landesregierungen werden dringend ersucht, den wiederholten Versprechungen nunmehr Taten folgen zu lassen.

Gaushaltsauschuß des Reichstags.

(Fortsetzung des gestrigen Berichts.)
v.d. Berlin. Bei Behandlung des

Stabs des Reichsarbeitsministeriums

gab Reichsarbeitsminister Brauns eine Uebersicht über Stand und Aufgaben der deutschen Sozialpolitik und erklärte, daß die Schwierigkeiten der Inflation und der wirtschaftlichen Krise als überwunden gelten könnten. In der Sozialversicherung hätten wir die früheren Leistungen allenthalben wieder erreicht, zum Teil konnte man sogar darüber hinausgehen; nur Arbeitslosigkeit erklärte der Minister, daß das gegenwärtige Reichskabinett sich in der Frage des Achtundzestages den Erklärungen des früheren Kabinetts angeschlossen habe, und daß Deutschland die Ratifikation des Abkommens von Washington niemals ausdrücklich abgelehnt habe und bereit sei, mit den übrigen Staaten eine Verständigung zu erreichen.

Der Minister erklärte weiter, daß das Reichsarbeitsministerium für alle Maßnahmen im Sinne angemeßener Preisgestaltung nachdrücklich eingetreten sei, und daß es ihm gelungen sei, die Löhne zu erhöhen und ihre Kaufkraft zu heben. Die produktive Arbeitslosenfürsorge habe auf dem Gebiete der Arbeitslosigkeit Abhilfe geschaffen, die Höhe der Erwerbslosenunterstützung konnte im letzten Jahre um 60 bis 70 Prozent erhöht werden. Ein Gesetzentwurf über eine Arbeitslosenversicherung werde möglichst bald dem Reichstag vorgelegt werden.

Trotz der Fortschritte im Wohnungsbau sei freilich die Wohnungsnot noch nicht ganz überwunden, der Abbau der Wohnungswirtschaft habe jedoch begonnen und könne fortgeführt werden, wenn gleichzeitig die Mittel für den weiteren Wohnungsbau gesichert werden.

In der Kriegsbeschädigtenfürsorge befanden sich dank der gesetzlichen Regelung 350 000 Schwerkranken- und Unfallbeschädigte in Arbeit, nur noch 20 000 seien ohne Arbeit, von denen aber sicher die Hälfte völlig arbeitsunfähig sei. Die Aussprache beschäftigte sich hauptsächlich mit den Personalfragen des Ministeriums, mit Fragen bezüglich der Stellung der Diätäre, mit der Belastung, die sich aus dem Schlichtungswesen ergibt, mit tarifrechtlichen Problemen, mit der Organisation der Versorgungsämter usw. Ueber die hierzu gestellten Anträge wird in der Sitzung am Freitag entschieden werden.